

# Rede von Innenminister Dr. Wolfgang Schäuble in der ersten Beratung eines Gesetzes zur Errichtung gemeinsamer Dateien von Polizeibehörden und Nachrichtendiensten des Bundes und der Länder (Gemeinsame-Dateien-Gesetz)

Auszug aus dem Plenarprotokoll der 58. Sitzung des Deutschen Bundestages am 20. Oktober 2006

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Nicht nur die Kofferbomben oder die Anschlagplanungen in London zeigen, dass die Bemühungen um die Sicherheit vor den Gefahren des **internationalen Terrorismus** auf der Liste der politischen Prioritäten stehen. Es gibt sicherlich keine hundertprozentige Sicherheit. Aber dies befreit uns nicht von der Notwendigkeit, das Menschenmögliche zu tun. Das wichtigste Instrument, Anschläge zu verhindern, ist, rechtzeitig zu wissen, was die Planungen sind. Deswegen ist **Information** das wichtigste präventive Mittel, wenn es darum geht, Anschläge zu verhindern und Sicherheit zu gewährleisten. Die Vernetzung von Informationen ist das Wichtigste, wenn es darum geht, die Effizienz zu steigern.

Die Untersuchungen der Amerikaner nach dem 11. September 2001 zeigen: Sie hatten zwar alle Informationen, waren aber nicht in der Lage – wir wären dazu genauso wenig in der Lage gewesen –, sie zu vernetzen. Deswegen ist es ein großer Fortschritt, wenn wir nun den Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung gemeinsamer Dateien von Polizeibehörden und Nachrichtendiensten des Bundes und der Länder verabschieden. Hier werden auf kluge Weise die Belange des **Quellen- und Geheimschutzes** und die Notwendigkeit des **Datenschutzes** in Einklang gebracht sowie auf intelligente Weise Volltext- und Indexdatei miteinander verbunden.

(Beifall bei der CDU / CSU und der SPD)

Ich möchte mich bei allen sehr herzlich bedanken, die an dem schwierigen Prozess der Abwägung zwischen den verschiedenen, gleich wichtigen Gesichtspunkten mitgewirkt haben. Der Quellen- und Geheimschutz ist für die Funktionsfähigkeit der Nachrichtendienste genauso wichtig wie der Datenschutz für die Funktionsfähigkeit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Alles muss so verknüpft werden, dass es den Anforderungen der Gewährleistung von Sicherheit gerecht wird. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf, den wir mit den Ressorts der Bundesregierung und den Koalitionsfraktionen – bei diesen bedanke ich mich herzlich – sorgfältig abgestimmt haben, tragen wir dem Rechnung. Zukünftig haben alle Sicherheitsbehörden bei gesuchten oder verdächtigen Personen unmittelbaren Zugriff auf die notwendigen Informationen. Sie wissen dann, welche Behörden welche Informationen haben. Es ist darauf ausgerichtet, dass die zuständigen Stellen miteinander kommunizieren, was ganz wichtig ist. Es gibt zudem eine Regelung, die es ermöglicht, dass dies im Eilfall auf Knopfdruck funktioniert, sodass wir keine Zeit verlieren. Ich glaube, dies ist eine optimale Lösung. Deswegen bin ich froh, dass wir heute diesen Gesetzentwurf vorlegen. Wir bereiten das Bundeskriminalamt darauf vor, dass, wenn das Gesetz in Kraft tritt, wir schnell alles in

die Tat umsetzen können, um die Zusammenarbeit voranzubringen.

Ich will noch eine Bemerkung zum Terrorismusbekämpfungsergänzungsgesetz machen. Wir haben eine Evaluierung der zeitlich befristeten Gesetzgebung vorgenommen und haben festgestellt, dass sie sich im Wesentlichen bewährt hat. Deswegen wollen wir die Geltungsdauer verlängern. Wir schlagen aber vor, dies in dem einen oder anderen Punkt praxisingerechter zu gestalten und die Instrumente des Terrorismusbekämpfungsergänzungsgesetzes auch zur **Bekämpfung von Extremismus** einzusetzen, wenn er einen Gewaltbezug hat. Ich glaube, das ist gerade angesichts der Sorgen wichtig, die wir uns über die Zunahme rechtsextremistischer und gewaltbezogener Tendenzen machen.

(Klaus Uwe Benneter [SPD]: Wenn er Gewaltbezug hat!)

– Richtig, soweit er einen Gewaltbezug hat.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber keinen terroristischen!)

– Herr Wieland, ich führe gerne eine Debatte darüber, ob der gewaltbezogene Rechtsextremismus nicht auch erfordert, dass wir zu seiner Bekämpfung auch rechtsstaatliche Instrumente zur Terrorismusbekämpfung einsetzen, wenn wir nicht nur Sonntagsreden halten, sondern von montags bis freitags unsere Pflicht wahrnehmen wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich sage ganz ruhig und freundlich: Angesichts der Tatsache, dass überall in Europa die Gefahr des „home-grown“ Terrorismus zunimmt – das ist in Deutschland nicht anders als in Großbritannien –, müssen wir den Nachrichtendiensten die Möglichkeit geben, Daten im Inland zu erheben, die Daten eines Kraftfahrzeughalters, und zwar auch außerhalb der Dienstzeiten des Kraftfahrt-Bundesamtes, im Rahmen des automatisierten Datenabrufs abfragen zu können, zum Beispiel. Von dieser Qualität sind die Verbesserungen durch das Terrorismusbekämpfungsergänzungsgesetz. Es geht nicht um grundsätzliche Änderungen, sondern darum, Bewährtes anhand der Erfahrungen aus der Praxis so weiterzuentwickeln, dass wir im Kampf für Sicherheit, im Kampf gegen den Terrorismus, die große Bedrohung unserer Zeit, unsere Verantwortung wahrnehmen und das Menschenmögliche tun.

Ich füge eine letzte Bemerkung hinzu. Natürlich wird der Kampf gegen die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus nicht allein mit polizeilichen und nachrichtendienstlichen Maßnahmen, mit Maßnahmen der inneren Sicherheit zu gewinnen sein, sondern er wird immer auch erfordern, dass wir unseren Beitrag leisten, um die Konflikte und die Entwicklungen weltweit beherrschbarer zu machen. Dieser Zusammenhang, der in vielen Debatten in diesem Haus thematisiert wird, muss auch in dieser Debatte deutlich gemacht werden. Neben der Gewährleistung von Sicherheit dürfen wir den Kampf um die Köpfe und Herzen derjenigen nicht aufgeben, die vielleicht in die Fänge der Hassprediger, der Terroristen und derjenigen, die Anschläge planen, fallen könnten. Das Potenzial dieser Menschen müssen wir möglichst klein halten. Auch darum bemühen sich die Bundesregierung und die Koalition.

Ich bitte das Hohe Haus um eine zügige Beratung des Gesetzentwurfs, weil ich glaube, dass das Gesetz notwendig ist, um die innere Sicherheit in unserem Lande angesichts der Bedrohung durch den Terrorismus weiter zu verbessern.

Vielen Dank.